



MAG. KLAUDIA TANNER
BUNDESMINISTERIN FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

S91143/200-PMVD/2022

13. Dezember 2022

Herrn
Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Hauser, Kolleginnen und Kollegen haben am 13. Oktober 2022 unter der Nr. 12715/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Kosten der Bundesheereinsätze während der WEF-Treffen in Davos“ gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1, 1a und 1b:

Auf Grund der Umstellung des Rechnungssystems des Bundes (Haushaltsreform 2013) können nur die Daten der letzten zehn Jahre bereitgestellt werden. Darüber hinaus würde eine weitergehende Erhebung einen überaus hohen, nicht zu rechtfertigenden Verwaltungsaufwand verursachen. Ich ersuche daher um Verständnis, dass ich von einer weiteren Beantwortung Abstand nehme. Zudem darf darauf hingewiesen werden, dass im Jahr 2021 keine derartige Veranstaltung in Davos stattfand. Die Kosten des variablen Personalaufwands, die ausschließlich im Inland angefallen sind und des Sachaufwands sind nachstehender Übersicht zu entnehmen:

Dädalus	Mehrdienstleistungen	Sachaufwand in Euro
2022	814.335,07 Euro	441.404,80 Euro
2020	492.852,33 Euro	430.419,24 Euro
2019	491.907,20 Euro	428.331,49 Euro
2018	513.310,04 Euro	441.530,24 Euro
2017	478.043,28 Euro	406.730,58 Euro
2016	531.332,16 Euro	256.946,93 Euro
2015	393.667,33 Euro	266.900,68 Euro
2014	629.142,97 Euro	412.294,90 Euro
2013	592.454,82 Euro	336.283,26 Euro

Zu 2, 3 und 5:

Dazu ist festzuhalten, dass auf Ersuchen der Schweiz die unrechtmäßige Nutzung des österreichischen Luftraums – besonders während der Zeit der Veranstaltungen des WEF – verhindert wird. Die Veranstaltungen des WEF selbst werden vom Österreichischen Bundesheer (ÖBH) nicht gesichert. Gemäß § 26 Militärbefugnisgesetz (MBG) dient die militärische Luftraumüberwachung der ständigen Wahrung der Lufthoheit der Republik Österreich. Art und Intensität der militärischen Luftraumüberwachung wird dabei der Bedrohungslage angepasst. Maßnahmen, die im Rahmen der Luftraumüberwachung getroffen werden, dienen somit ausschließlich der Wahrnehmung von Aufgaben der militärischen Landesverteidigung und damit innerstaatlichen Interessen. Die zur Luftraumüberwachung getroffenen Maßnahmen haben daher ihre gesetzliche Grundlage in § 26 MBG und wurden als Teil der militärischen Landesverteidigung im Rahmen der allgemeinen Einsatzvorbereitung gemäß § 2 Abs. 3 Wehrgesetz 2001 durchgeführt. Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft bezüglich der Zusammenarbeit im Bereich der grenzüberschreitenden Sicherung des Luftraums gegen nichtmilitärische Bedrohungen aus der Luft (BGBl. III Nr. 214/2018) in Verbindung mit der Durchführungsvereinbarung (BGBl. III Nr. 16/2019) dient als Grundlage für die lückenlose Sicherung des Luftraums. Zusätzlich wurde im Interesse der Landesverteidigung auf Grund von § 4 in Verbindung mit § 5 Abs. 3 Luftfahrtgesetz im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie eine Verordnung über die Festlegung eines zeitweiligen Flugbeschränkungsgebiets im Raum Vorarlberg erlassen. Die Fragen hinsichtlich eines „Auftraggebers“ oder der Unterstützung einer privaten Veranstaltung stellen sich somit nicht.

Zu 4 und 6:

Keine.

Zu 7 und 7a bis 7d:

In den letzten 20 Jahren wurden insgesamt 18 Verbindungsoffiziere, ausgestattet mit Laptops und Kraftfahrzeugen, als Verbindungselement zu den Luftstreitkräften in der Schweiz für Belange der österreichischen Luftraumüberwachung und Einsatzführung eingesetzt. Die Kosten pro Verbindungsoffizier beliefen sich auf rund 1.000 Euro und beinhalteten Mehrdienstleistungen, Dienstreisen sowie Verpflegung und sind in den oben angeführten Kosten für Mehrdienstleistungen und Sachaufwand enthalten.

Zu 8:

Die anfallenden Kosten für die Luftraumüberwachung und den Einsatz des ÖBH werden aus dem laufenden Jahresbudget des Bundesministeriums für Landesverteidigung abgerechnet.

Zu 8a, 8b und 8c:

Nein.

Zu 8ai, 8bi, 8ci und 8cii:

Entfällt.

Zu 8aii und 8bii:

Die Sicherung des österreichischen Luftraumes erfolgt als hoheitliche Aufgabe im Rahmen der militärischen Luftraumüberwachung.

Mag. Klaudia Tanner

